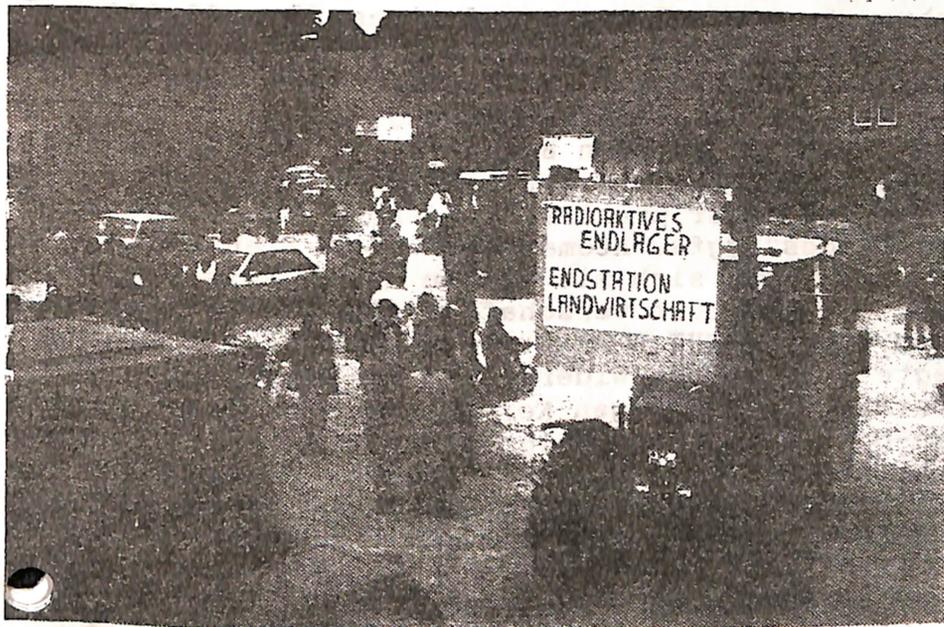


HERBST - INFO

Büro:
Bleckenstedter Straße 24
3320 Salzgitter-Bleckenstedt
Tel.: 0 53 41 - 6 74 92
Telefax: 05 31 - 89 56 10

Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag 16 - 18 Uhr

Bankverbindungen:
PGiroA Hannover 3787 52-308
BLZ 250 100 30
NORD/LB Wollenbüttel
Nr. 9 344 250, BLZ 250 500 00



Treckerkonvoi zur Auftaktkundgebung am 25.05.91 in Salzgitter-Bleckenstedt.

INHALT:

Editorial	S. 1	Kurzmeldungen	S.12
Einwendungskampagne .S.	4	Landesregierung	S.16
Wie weiter ?	S. 6	Morsleben	S.19
Mitglieder	S. 9	Asse	S.20

Über 250.000 Einwendungen - Wie geht's weiter ?

Nach dem eindeutigen und eindrucksvollen Votum gegen das geplante Atommüllendlager SCHACHT KONRAD in Salzgitter durch die über 250.000 Einwendungen haben die Energieversorgungsunternehmen (EVU) als erste reagiert: Nach Informationen von Greenpeace wollen die EVU's in Greifswald zwei neue Zwischenlager bauen: Eines für 10.000 t abgebrannte Brennelemente und eines für 200.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiven Müll. Offenbar rechnen die EVU's nicht mehr ernsthaft mit dem von der Bundesregierung angepeilten Termin "1995/96" für den Beginn der Einlagerung im SCHACHT KONRAD. Um nicht in Gefahr zu geraten, wegen des immer prekärer werdenden "Entsorgungsnotstandes" ggfs. Atomanlagen abstellen zu müssen, will man sich mit diesen neuen Zwischenlagern erstmal Luft verschaffen für die Durchsetzung von SCHACHT KONRAD. Doch auch in Greifswald regte sich sofort Widerstand: Einem Aufruf der Greifswalder BI gegen Kernenergie zu einer Spontan-Demo am 2.11.91 folgten ca. 2.000 Menschen; sehr beachtlich, wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung seit Jahren mit der Atomenergie leben muß(te) und viele dort beschäftigt sind.

Auch in Morsleben versucht die Bundesregierung nach wie vor, sich ein Schlupfloch zu verschaffen. Am 27.11. ist ein mündlicher Verhandlungstermin vom Bezirksgericht Magdeburg angesetzt; ggfs. entscheidet sich an diesem Tag bereits, ob aus der "vorläufigen Stilllegung" eine endgültige oder ob ab sofort wieder eingelagert wird. (siehe Bericht S.).

Schon bei der Übergabe der Einwendungen im Rahmen der "Einwendungslawine" am 13. Juli forderte die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD Bund und Land auf, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Region ein Atommüllendlager SCHACHT KONRAD nicht will und entsprechende Konsequenzen zu ziehen, wollen sie den sozialen Frieden nicht mutwillig gefährden. Die Arbeitsgemeinschaft fordert insbesondere alle Gruppen und Organisationen auf, die Einwendungen erhoben oder gesammelt haben auf, sich Konsequenzen für den Fall zu überlegen, daß das Verfahren weitergeführt und letztlich ggfs. sogar eine Genehmigung erteilt wird.

Nach der erfolgreichen Einwendungs-Kampagne (siehe Bericht S.) und der Sommerpause haben in der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD die konkreten Vorbereitungen auf den Erörterungstermin begonnen. Das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) hat die Dokumentation der Einwendungen immer noch nicht abgeschlossen. Die vielen phantasievollen und sinnbildlichen Einwendungen sind im Rahmen einer "Wander-Ausstellung" an verschiedenen Orten der Region zu sehen (siehe S.). Ein Termin für die Erörterung kann vom NMU z.Zt. noch nicht genannt werden; es ist noch nicht einmal absehbar, wann er benannt werden kann. Das ursprünglich genannte "1. Quartal '92" wird so immer unwahrscheinlicher. Welche Aktivitäten die Arbeitsgemeinschaft plant, welche konkreten Forderungen an das NMU gestellt werden und welche Vorstellungen das NMU von dem Erörterungstermin hat, dazu siehe den Bericht auf S. .

Auch innerhalb der Landesregierung hat sich im Bereich "Atommüllpolitik" einiges getan: Nach Streitigkeiten mit der Fraktion der GRÜNEN trat der Staatssekretär im NMU, Peter Bulle, zurück. Als Nachfolger ist ab 1.11.91 Hendrik Horn im Amt, der als erster GRÜNER das Amt eines Regierungspräsidenten (von Hannover) innehatte. Aus der Presse war zu entnehmen, daß eine vom Kabinett eingesetzte "interministerielle Arbeitsgruppe" zu dem Ergebnis gekommen ist, daß "sich zumindest ein Teil der Abmachungen des rot-grünen Koalitionsvertrages zur Atommüllpolitik nicht verwirklichen lasse". Knackpunkt sei jeweils die Weisungsmöglichkeit Töpfers. Ist das der Anfang vom Rückzug der Landesregierung von ihrer angekündigten Ausstiegspolitik? Die Initiativen von den niedersächsischen Atomstandorten kamen auf ihrem Treffen schon jetzt zu einem ernüchternden Ergebnis (siehe Bericht S.).

Die Frage stellt sich, wo und wann über die Zukunft von SCHACHT KONRAD (und damit der Region) entschieden wird. Neben dem laufenden Planfeststellungsverfahren gilt es ebenso andere für KONRAD wichtige Entwicklungen zu beobachten und ggfs. zu beeinflussen. Dazu zählt z.B. die vom Bundeskabinett geplante Änderung des Atomgesetzes (u.a. mit der Privatisierung der Endlager) und die Bestrebungen der EVU's, einen neuen Energie- und Entsorgungskonsens zwischen SPD, CDU/CSU und FDP zu erreichen. Der Umweltexperte der SPD-Bündestagsfraktion, Harald B. Schäfer hat angedeutet, wie solch ein Konsens aussehen könnte: Keine neuen AKW's, drastisches Energiesparprogramm, dafür Bestandsgarantie für die laufenden Anlagen und Konsens über Entsorgungsprojekte. Dazu könnte natürlich auch SCHACHT KONRAD gehören.

Damit nicht genug. Trotz gegenteiliger Koalitionsvereinbarung hat es offenbar Absprachen zwischen der GSF als Antragsteller und dem NMU über die beantragte Genehmigung zur Versuchseinlagerung der 30 hochradioaktiven Glaskokillen in ASSE II gegeben. Wenn bestimmte Nachforderungen erfüllt werden sollten, kann es ggfs. schon im Frühjahr 1992 zur öffentlichen Auslegung und kurz darauf zur Erörterung kommen (siehe Bericht S.).

Erfolgreiche Einwendungs-Kampagne

Nicht nur die imponierende Zahl von über 250.000 Einwendungen (unseres Wissens die zweithöchste nach der WAA Wackersdorf) macht den Erfolg der Einwendungs-Kampagne aus. Die Auslegung der Planunterlagen konnte genutzt werden, um in ganz neuen gesellschaftlichen Bereichen die Auseinandersetzung um die KONRAD-Problematik zu initiieren. So wurde in vielen Betrieben (insbesondere in den großen Metallbetrieben in Salzgitter) aktiv Einwendungen gesammelt. Bei VW Salzgitter z. B. fanden sieben Vertrauensleutesitzungen zum Thema KONRAD statt. Dort unterschrieben letztlich mehr als 50% der Belegschaft eine Einwendung. Auch die eher konservativ geprägten Landwirte machten eigene Veranstaltungen und beteiligten sich mit Schleppern und Transparenten an der Auftaktkundgebung und der Übergabe der Einwendungen.



Übergabe der Einwendungen am 13.07.91 beim Umweltministerium in Hannover.

Es gab eine Vielzahl von Aktionen in allen Orten, mehrere Anzeigen wurden von verschiedenen Gruppen geschaltet (u.a. von Greenpeace eine halbseitige in fast allen überregionalen und lokalen Zeitungen), Plakate verhängt und die KONRAD-Zeitungen flächendeckend verteilt (2 Auflagen à 120.000 Ex.). Die INFO-Busse der Arbeitsgemeinschaft waren ständig im Einsatz und waren Mittelpunkt von 80-100 Aktivitäten (Infostand, Pressegespräch, Fahrraddemo, Sternritt) an ca. 50 Orten in der gesamten Republik.

Was passiert mit den Einwendungen ?

Das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) muß als Genehmigungsbehörde alle Einwendungen dokumentieren (Anschrift und Einwendung); und ist noch dabei. Die "Träger öffentlicher Belange" (Kommunen, Landvolk, DGB, anerkannte Naturschutzverbände, usw.) haben noch länger Zeit, ihre Einwendungen einzureichen. Ende Oktober sind die beiden Gutachten für die Stadt Salzmittler (von der Gruppe Ökologie und von Pieleke & Gronemeyer) fertig geworden, die Ende d.J. auf einer öffentlichen Ausschusssitzung vorgestellt werden sollen.

Alle Menschen und Organisationen, die fristgerecht eine Einwendung erhoben haben (unabhängig in welcher Form), haben sich damit das Recht gesichert, beim "Erörterungstermin" ihre Einwendungen noch einmal mündlich zu erläutern und ggfs. zu konkretisieren (und ggfs. später zu klagen). Das Atomgesetz legt nicht fest, wann dieser Termin stattfinden und wie lange er dauern muß.

Eigentlich kann man erwarten, daß es einer rot-grünen Landesregierung zumindest gelingen müßte, bei 250.000 Einwendungen den Erörterungstermin weiter nach hinten zu verschieben. Auf der einen Seite wird im NMU offenbar (zu) schnell gearbeitet (von Beamten mit Pro-Atom-Kurs) und auf der anderen Seite drückt Töpfer bei den monatlichen Statusgesprächen zu KONRAD auf's Tempo. Nach wie vor fehlt im NMU ein Konzept, wie man das Ziel - wenn es noch eines sein sollte -, die Verhinderung eines Atomüllendlagers SCHACHT KONRAD, erreichen will.

Wie im EDITORIAL erwähnt, steht z.Zt. immer noch nicht fest, wann und wo der Erörterungstermin stattfinden wird. Da es in der Region an geeigneten Räumlichkeiten (für ca. 1.000 Leute) fehlt, plant das NMU, an einem Ort in der Region ein Zelt aufzustellen. Das NMU wird - aus den eingegangenen Einwendungen - einen Themenkatalog erstellen, der dann auf dem Erörterungstermin innerhalb von ca. 4 Wochen abgearbeitet werden soll.

Für den "Sommer '92" hat das NMU ein Endlager-Hearing geplant, dessen Ergebnisse für den Planfeststellungsbeschluß berücksichtigt werden sollen. Das NMU hat Angebote für zwei Gutachten eingeholt, eines zur Umweltverträglichkeitsprüfung und eines zur Langzeitsicherheit. Außerdem war angekündigt, daß das NMU - ähnlich wie zur Müllproblematik - ab Oktober 1991 eine Anzeigen-Kampagne zum Thema "Ausstieg aus der Atomenergie" startet. Bis heute war davon noch nichts zu sehen.

Kampagne zum Erörterungstermin

Wenn das NMU das Verfahren zu KONRAD weiterführt, dann muß der Erörterungstermin zumindest bürgerInnenfreundlicher (als bei ähnlichen Verfahren in der Vergangenheit) ausfallen. Die Arbeitsgemeinschaft wird in Abstimmung mit den anderen Gruppen einen Forderungskatalog aufstellen. U.a. soll gewährleistet sein, daß auch "normal Arbeitende" an diesen Terminen teilnehmen können, d.h. daß er nicht - wie sonst üblich - werktags und tagsüber stattfindet.

Die Arbeitsgemeinschaft plant für den Erörterungstermin eine ähnliche Kampagne wie zur Auslegung der Planunterlagen. Da wir - ähnlich wie seinerzeit bei der Auslegung der Planunterlagen - nicht wissen, wann das sein wird, müssen wir uns auf den unangenehme Variante, d.h. März/April als frühest denkbaren Termin, einstellen. Ziel der Kampagne ist, daß einer dann wieder sehr interessierten Öffentlichkeit deutlich wird, wie breit verankert der Widerstand und die Kritik an dem Projekt ist. Neben inhaltlich fundierten Beiträgen (z.B. von Sachbeiständen) sollten auch viele Einzelne ihre persönliche Betroffenheit schildern.

In der Arbeitsgemeinschaft hat sich eine "AG wissenschaftliche Kritik" gebildet, die vorhandene Gutachten, Stellungnahmen und Einwendungen sichten, aufbereiten und in allgemeinverständlicher Form veröffentlichen will ("Leitfaden für Erörterung"). Anfang des Jahres führt die Arbeitsgemeinschaft eine Veranstaltungsreihe zur Einstimmung und Vorbereitung auf den Erörterungstermin durch. Weitere Aktivitäten sind in Planung.

MITGLIEDER

* **Neu gewählter Vorstand:** Auf der letzten Mitgliederversammlung, am 08.10.91, wurde ein neuer Vorstand gewählt. Dieser setzt sich sowohl aus Mitgliedern des bisherigen Vorstandes als auch aus neuen Mitgliedern zusammen.

Es sind dies:

- Kurt Dockhorn, bisheriger Vorstand
- Rainer Elsner, neu im Vorstand
- Jürgen Maschke, bisheriger Vorstand
- Rainer Müller, neu im Vorstand
- Jochen Riggert, bisheriger Vorstand
- Rolf Stein, neu im Vorstand
- Andreas Wessel, neu im Vorstand

MITGLIEDER

Neue/mehr Mitglieder

Die Einwendungskampagne hat ein breites Interesse an der Arbeit der AG, gerade auch in der Region, gezeigt. Die vielen Einwander sind zum Teil durchaus auch als potentielle Mitglieder anzusehen. Diese als Mitglieder der AG zu gewinnen ist wichtig, um die festen Einnahmen der AG zu erhöhen, und um eine breitere Basis für den Widerstand zu schaffen.

Aus diesem Grund wollen wir verstärkt Einzelmitglieder und auch neue Gruppen werben, die uns als Mitglieder oder als "Dauerspender" (Förderer) unterstützen.

An dieser Stelle deshalb auch der Aufruf an alle Mitglieder die Werbetrommel zu rühren.

Ich unterstütze die Ziele der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD und

- werde Mitglied! Ich zahle einen Monatsbeitrag von DM _____

Satzung und Informationsmaterial werden zugesandt.

- spende regelmäßig DM _____

- spende einmalig DM _____

und möchte Informationen über

- SCHACHT KONRAD
- ASSE II
- Horsleben
- folgende Themen:

b.v.

Information zum unten stehenden Coupon

Mitgliedsbeiträge:

Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich:

- für natürliche Personen mindestens DM 10,--
- für juristische Personen und nicht rechts fähige Vereine DM 50,--

Für Sozialhilfeempfänger/innen, Schüler/innen, Student/innen, Auszubildende und nicht Erwerbstätige kann der Vorstand den monatlichen Beitrag auf Antrag auf DM2,-- herabsetzen. Der Vorstand kann bei Vorliegen besonderer Gründe auch den Beitrag für juristische Personen und nicht rechtsfähige Vereine reduzieren.

Spenden:

Spenden an den Verein sind steuerlich absetzbar. Eine Spendenquittung wird zugesandt.

Konten der AG SCHACHT KONRAD e.V.:

- Nr. 37 87 52 - 300, PGiroA Hannover (BLZ 250 100 30)
- Nr. 93 44 250, NORD / LB Wolfenbüttel (BLZ 270 500 00)

Beitrittserklärung / Spender-Anschrift
(nicht zutreffendes bitte streichen)

Name d. jur. Person: _____
 Name: _____
 Vorname: _____
 Straße: _____
 Wohnort: _____
 Telefon: _____

Ich/wir erkläre(n) meine(n)/unsere(n) Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD / Spende mit dem unseitig genannten Betrag.

_____ den _____

(Unterschrift)

Bitte ausfüllen und einschicken an: Jochen Riggert, Leipziger Str. 212, 3300 Braunschweig

Neues Büro

Der Vorstand und die Geschäftsführung planen die Einrichtung eines neuen Büros. Dies wird für nötig befunden um effizienter arbeiten zu können.

Das heißt, alle Unterlagen und alle Kommunikationsmittel (Fax, Telefon,..) sind zentral an einem Ort, zentraler Raum für Sitzungen u.ä., bessere Erreichbarkeit für Informationssuchende, Presse, etc., Arbeitsplatz für etwaige ABM-Kräfte und vieles mehr.

Da es, erst recht bei unseren finanziellen Möglichkeiten, schwierig ist geeignete Räume zu finden, bitten wir hier um Mithilfe. Wer von geeigneten Räumen weiß, sollte uns deshalb darüber in Kenntnis setzen. Es sollte sich um 3 bis 4 Räume mit zusammen ca. 100 m² handeln, ein Lagerraum sollte vorhanden sein, sie sollten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sein (z.B. südwestlicher Stadtrand von BS) und eine nicht zu hohe Miete abfordern. Dabei wurde auch daran gedacht mit anderen Gruppen, z.B. VCD, zusammen nach Räumlichkeiten zu suchen.

Kontakte nach außen

Während aber auch schon vor der Einwendungskampagne haben sich viele Kontakte zu Gruppen und Einzelpersonen auch außerhalb der Region ergeben. Da ein möglichst breiter Widerstand gegen Schacht Konrad wichtig ist, wollen wir diese Kontakte auch in Zukunft pflegen.

* **AK wissenschaftliche Kritik:** Um den Einwendern für den Erörterungstermin etwas, für den Laien verständliches aber trotzdem wissenschaftlich untermauertes, in die Hand geben zu können, hat sich der "Arbeitskreis wissenschaftliche Kritik" gegründet. Es soll unter anderem eine Art ET-Leitfaden erarbeitet werden.

Der AK trifft sich das nächste mal am 04.12.91 in der Kommissie in Wolfenbüttel um 19.00 Uhr.

Kontakt über Rolf Stein, Tel. 05331/62291

* **AktivistInnen:** Um auf Maßnahmen von Regierungen und Betreibern besser reagieren zu können, wurde eine "AktivistInnen-Gruppe" ins Leben gerufen. Sie trifft sich in unregelmäßigen Abständen, um etwaige Aktionen abzusprechen, eine Telefonkette aufzubauen, örtlichkeiten zu besichtigen u. ä. mehr.

Das nächste Treffen wird am 17.11.91 um 14.00 Uhr im Friedenszentrum in Braunschweig stattfinden.

* **PTB:** Von dem in der PTB betriebenen "Versuchsreaktor" werden dort immer wieder abgebrannte Brennelemente gelagert. Vor einigen Wochen sind von hier 26 Brennelemente, über den Bahnhof Groß Gleidingen, nach Dounray (Schottland) gebracht worden. Mit dem Abtransport von 13 weiteren BE, die noch in der PTB lagern, ist noch zu rechnen.

Ob diese Lagerung rechtlich zulässig ist, wird z.Z. in einem Rechtsstreit geklärt. Auch hier muß die AG ggf. rechtzeitig, z.B. auch mit den AktivistInnen, reagieren.

Kathol. Arbeitnehmerbewegung lehnt KONRAD ab

Als "unerträgliche Belastung" für die in Niedersachsen lebenden Menschen bezeichnete der Diözesanvorstand der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) im Bistum Hildesheim die hier drohende Konzentration von Atommüll-Lagerstätten. In seiner jetzt in Hildesheim veröffentlichten Erklärung warnte der KAB-Diözesanverband vor den Folgen einer fortgesetzten Produktion von Atommüll und lehnte eine Endlagerung im SCHACHT KONRAD in Salzgitter ab (aus Peiner Allg. Zeitung vom 2.10.91)

Veränderungen nach der Kommunalwahl

Die Ergebnisse der Kommunalwahl brachten in vielen Kommunalparlamenten neue Mehrheiten zustande. In Salzgitter verlor die SPD ihre absolute Mehrheit und hat mit den GRÜNEN eine Koalitionsvereinbarung unterzeichnet. Bezüglich KONRAD einigten sich SPD und GRÜNE darauf, einen "unverzöglichen Abbruch des Planfeststellungsverfahrens zu erreichen". Sollte Töpfer auf diese Forderung nicht eingehen, will die Koalition weitere Gutachten einholen (z.B. zu den Transportrisiken). Die AG SCHACHT KONRAD soll finanziell, auch z.B. bei einem evt. Musterprozeß unterstützt werden.

Auch im Landkreis Peine verlor die SPD ihre absolute Mehrheit und hat mit den GRÜNEN ein Bündnis geschlossen und vereinbart, der AG SCHACHT KONRAD beizutreten. In Braunschweig gibt es nach einer rot-grünen Mehrheit jetzt ein Ampelbündnis. Obwohl konkrete Aussagen fehlen, scheint die ablehnende Position der Stadt gegen KONRAD nicht in Gefahr. In der Gemeinde Vechelde

kann sich die CDU - nach Verlusten von der SPD und Gewinnen von den GRÜNEN - auf eine solidere Mehrheit (mit der FDP) als vor der Wahl stützen. Alle Parteien haben in Vechelde mit einer Position gegen SCHACHT KONRAD den Wahlkampf geführt.

Wander-Ausstellung der Einwendungslawine

Die vielen phantasievollen und sinnbildlichen Einwendungen sind im Rahmen einer Wander-Ausstellung an verschiedenen Orten der Region in der nächsten Zeit (noch einmal) zu sehen. Den Beginn macht die Gemeinde Vechelde (dort ist sie bis zum 17. Nov. im Vechelder Bürgerzentrum zu sehen). Vom 8. bis 30. Januar 1992 will das Umweltamt der Stadt Braunschweig die Ausstellung im Rathaus zeigen. Anschließend hat die Stadt Salzgitter Interesse angemeldet (wahrscheinlich auch im Rathaus).

Das Verhalten der Landesregierung in der Atomfrage

Die Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung (KV) den Ausstieg aus der Atomenergie sehr vollmundig proklamiert. Doch wie sieht ihr Verhalten in dieser Frage bisher aus?

z.B. AKW Esenshamm:

Seit Oktober 1981 klagen die dortigen Bürgerinitiativen gegen ein illegales Zwischenlager (Kompaktlager) für abgebrannte Kernbrennstoffe.

Am 06.03.91 entschied die letzte Instanz gegen die Klage. Obwohl es nur ein einziges TÜV-Gutachten gibt, obwohl es ein Einsehen des NMU gab das dies zu wenig sei, erging ein negatives Urteil. Das NMU hat sich nicht an Absprachen gehalten.

z.B. Brennelementefabrik in Lingen:

Am 17.06.91 erteilte Rot-Grün die Genehmigung für eine Erweiterung der Brennelementefabrik, obwohl ihnen die Kläger gegen die Anlage genügend Handhabe gaben, eine Genehmigungserteilung wegen diverser Formfehler zumindest zu verzögern. Doch nichts dergleichen, der Ausstiegswille bleibt unsichtbar.

z.B. Gorleben:

Die Auseinandersetzung um die nicht definierbaren Atommülltransporte aus Mol, mit ihrem staatsgewalttätigem Ende, und auch die Erteilung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für die Pilotkonditionierungsanlage sind unzwei-

deutige Belege für den Nichtausstiegswillen des NMU.

Unabhängig von strittigen Rechtsfragen!!

z.B. Asse II:

Die laut KV eingeleitete Gefahrenabschätzung für das alte Endlager wird nicht wie gefordert von unabhängigen Gutachtern erstellt (wurde nicht für nötig erachtet).

Das Verfahren für die Versuchseinlagerung von HAW-Kokillen wurde eingeleitet. Siehe Bericht über die Asse.

z.B. Transporte:

Die Bürger wurden in keinem Falle über die Gefahren von bevorstehenden Transporten der deren Routen informiert. O-Ton KV: "...verpflichten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur umfassenden Information der Bevölkerung über die Risiken von Atomtransporten und ihre Routen."

z.B. Konrad:

Die angekündigte Informationskampagne gipfelte in einem lächerlichen Flugblatt. Die rechtlichen Mittel wurden derart ausgenutzt, daß eine aussichtslose Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht wurde und danach alle Verantwortung nach Bonn geschoben wurde. Eine Klage in Bezug auf einen Eingriff in das Haushaltsrecht, hätte mehr Aussicht auf Erfolg gehabt (so sagt man/frau unter JuristInnen).

Die Genehmigungserteilung steht noch aus.

Es wurde bisher grundsätzlich versäumt einen

Weg aus der Atomenergienutzung aufzuzeigen. Die Diskussion der Ministerin endet stets dort wo es konkret, oder sachlich wird. Meist hat Sie dann keine Zeit mehr, oder es fallen ihr andere Ausreden ein, wie die alten Seilschaften im NMU, oder ihre Mutterpflichten, oder ihr Zug fährt gleich ab, usw.

Es stellt sich die Frage ob anstelle des Staatssekretäres Bulle ("Davon weiß ich nichts"), nicht eher die ganze Spitze des NMU hätte ausgewechselt werden sollen. Aber wer weiß, vielleicht käme dann ja jemand daher, der tatsächlich etwas gegen die Atompolitik unternehmen würde, und das ist ja offenbar nicht gewollt in Hannover und anderswo.

Das offizielle Verhalten des neuen Staatssekretärs Hendrik Horn, werden wir am Freitag den 15. November erleben. Die Hoffnung auf eine Wende in der Atompolitik haben wir jedenfalls noch nicht völlig aufgegeben. Es sind jedoch ernsthafte Zweifel angebracht, ob sich die Berufspolitiker von Rot/Grün, von 260.000 Einwendungen, oder den eigenen Vereinbarungen beeindrucken lassen. Eine "interne Vorlage" des Ministeriums (nach HAZ 24.10.) bereitet inzwischen die Öffentlichkeit darauf vor, das die Haltungen der KV sich "letztlich nicht durchhalten lassen".

Ein makabrer Versuch die Bevölkerung von der rechtlichen Abhängigkeit gegenüber Töpfer zu überzeugen. Es "darauf ankommen" zu lassen, verlangt halt etwas mehr politisches Durchhaltevermögen.

Entscheidung über Morsleben schon am 27.11. ?

Möglicherweise fällt schon nach der (ersten) mündlichen Verhandlung am 27. November vor dem Bezirksgericht Magdeburg die Entscheidung, ob das Atommüllendlager Morsleben endgültig stillgelegt wird oder nicht. Darüberhinaus gab es weitere Ereignisse, die für Aufsehen sorgten. Trotz des Einlagerungsverbots für Morsleben gab der Umweltminister von Sachsen-Anhalt, Rauls, die Weisung, 78 (von insgesamt 7.000 Kobalt 60-Quellen) in Morsleben oberirdisch zwischenzulagern. In der ehemaligen DDR wurden diese Quellen u.a. zur Trinkwasseraufbereitung eingesetzt.

Die Rechtsanwältin Claudia Fittkow hat Strafanzeige gestellt und Polizeischutz angefordert, damit nicht noch weiter Rechtsbruch (mit weiteren Einlagerungen) begangen wird. Am 5.11. wurden die 78 Kobalt-Quellen wieder auf einen LKW geladen (die Unrechtmäßigkeit wurde offenbar eingesehen) und haben Morsleben mit unbekanntem Ziel verlassen. Ebenso hat Claudia Fittkow, gemeinsam mit der BI Lüchow-Dannenberg, einen Eilantrag gestellt mit dem Ziel, die (weitere) Einlagerung salzhaltiger Abfälle aus dem Gorlebener Salzstock zu unterbinden. Dort ist die Betreiberfirma (DBE) in Schwierigkeiten, weil sie für das Salz, das beim Abteufen der Schächte anfällt, keinen (anderen) Lagerplatz findet. In Morsleben soll das Salz, so die Betreiber, als Verfüllmasse dienen, um die Standsicherheit zu erhöhen.

Planauslegung für Einlagerung der hochaktiven Glaskokillen für die Asse schon im Januar '92 ?

Entgegen einem Dementi des Nds. Umweltministeriums (s. BZ v.07.11.), daß es bereits Gespräche mit der GSF gegeben habe, liegt uns ein interner Bericht der GSF vor, aus dem eindeutig hervorgeht, daß es bereits am 30.05.91 ein erstes Gespräch zur Vorabstimmung gegeben hat.

Darin heißt es: *"Der NMU machte im Gespräch deutlich, daß es keine gesetzliche Verpflichtung für eine Beteiligung der Öffentlichkeit im Verfahren nach § 9 AtG existiert."*

Entgegen einem Rechtsgutachten des Bundes, welches besagt, daß die Antragsteller zu einer Öffentlichkeitsbeteiligung gezwungen werden können, steht die offenbar schlecht informierte Rechtsabteilung des NMU offensichtlich immer noch auf dem Standpunkt, die GSF könne selber bestimmen, ob es die Öffentlichkeit beteiligen könne, oder nicht. Die GSF sagt denn nun auch sehr offen, daß ihr an einer Bürgerbeteiligung sehr gelegen sei, wenn es dafür schneller ginge und mit weniger Klagen gegen das Verfahren zu rechnen sei!!

...und weiter: *"Der NMU begrüßte die Bereitschaft der GSF, einer freiwilligen Beteiligung der Öffentlichkeit zuzustimmen, und hält die von der GSF genannten Rahmenbedingungen für realistisch."*

Diese Rahmenbedingungen enthalten einen Zeit-

plan aus dem hervorgeht, daß bereits Anfang 1992 die Planunterlagen für die Versuchseinlagerung ausgelegt werden, im 2. Quartal der Anhörungstermin in Wolfenbüttel stattfindet, Ende 1992 die Genehmigung erteilt wird und im August 1993 eingelagert wird.

Die Einlagerung kann erst deshalb so "spät" stattfinden, weil die Genehmigungserteilung von einem laufenden Verfahren nach § 6 AtG abhängig ist, betreffs der Einlagerung im Gorleben-Fasslager, für die noch keine Genehmigung erteilt ist.

Allein die Tatsache, daß die Landesregierung bereit ist eine "Versuchseinlagerung" durch ein solches Verfahren zu ermöglichen, läßt bei uns große Zweifel aufkommen, ob es dieser Rot-Grünen Koalition überhaupt manchmal in den Sinn kommt, in ihre Koalitionsvereinbarungen zu gucken, denn da steht z.B. unter Punkt 8. Asse II:

"Nach Auffassung der Koalitionspartner stellt der Standort Asse II eine atomare Altlast dar. Es ist daher eine Gefahrenabschätzung vorzunehmen. Die Koalitionspartner werden aus Sicherheitsgründen weder einem Ausbau der Asse II zu einem Endlagerstandort zustimmen, noch unbeschadet vorhandener Rechtsstandpunkte - Genehmigungen für die versuchsweise Einlagerung hochaktiver Glaskokillen erteilen."

Die Hoffnung der Betreiber der Asse, auf unvorbereitete Gegner zu stoßen, und ein eine schnelle Bearbeitung des Verfahrens, ohne viel Aufsehen, wird jedenfalls nicht aufgehen.

Die Bevölkerung ist durch das geplante Endlager Schacht Konrad bereits sehr sensibel geworden, für die Gefahren, die durch die Einlagerung von atomarem Abfall ausgehen. Bei den Kokillen kommt die unnötig hohe Belastung (Die Gamma-Strahlung wird doppelt so hoch sein, wie bei abgebrannten Brennelementen), sowie das als unsicher, gegenüber Wassereintrüben, geltende Grubengebäude der Asse dazu.

Unsere eigenen Erfahrungen zeigten, daß der Bekanntheitsgrad der hochradioaktiven Kokillen in der ganzen Bundesrepublik erheblich höher ist, als es der von Schacht Konrad war. Wir haben aus diesen Gründen die durchaus berechnete Hoffnung, daß eine Einwendungskampagne

noch erfolgreicher sein wird, als diejenige gegen Schacht Konrad.

Allein uns fehlt das Geld, eine solche Kampagne ebenso effektiv durchzuziehen. Deshalb hier nochmals der Aufruf: werdet Mitglieder, wenn ihr's noch nicht seid, und/oder spendet unter dem Stichwort Asse-Kampagne auf das Konto der AG einen Teil eures Weihnachtsgeldes, damit eure Kinder nicht im Atomklo zur Welt kommen!!

**Redaktion: Rainer Elsner, Andreas Wessel,
Claus Schröder**

- 8.-17.11. Bürgerzentrum Vechelde
 Ausstellung der Einwendungen; Öffnungszeiten:
 Sa: 10-12 + 14-16 h, sonst nach Vereinb.
 (Fr. Schwartz, Tel.: 05302 / 802-34)
- Do, 14.11. 19.00 h DGB-Haus, Chemnitzer Str., SZ
 Arbeits-Treffen der "Träger öffentl. Belange"
 u.a. zur Vorbereitung des Erörterungstermins
- So, 17.11. 14.00 h Friedenszentrum, Goslarsche
 Str. 93, Braunschweig
 Vorbereitungs-Treffen für gemeinsame Aktion
 der nieders. Standort-Initiativen am 6.12.
- Di, 19.11. 19.30 h Thomas-Gemeinde, Jahnstr.1, WF
 Sitzung des Erweiterten Vorstandes der AG
- Do, 21.11. 20.00 h Bürgerhaus Helmstedt
 INFO-Veranstaltung der Initiative gegen ein
 Atommüllendlager Morsleben mit Rechtsanwältin
 Claudia Fittkow "zum Stand der Klage"
- Fr-So, 22.-24.11. ESG in Marburg
 Bundesweite Konferenz der Anti-AKW-AktivistI.
- Mi, 27.11. 9.30 h Bezirksgericht Magdeburg
 Mündl. Verhandlung zur "Klage Morsleben"
- Fr/Sa 29./30. Frankfurt, FHS Nibelungenplatz
 Symposium zur Änderung des Atomgesetzes
- Mo, 2.12. 19.30 h Brunsviga, Karlstr. 35, BS
 Mitgliederversammlung der AG SCHACHT KONRAD
- Mi, 4.12. 19.00 h WF (Ort erfragen)
 AG "wissenschaftl. Kritik"
- Fr, 6.12. Atom-Standorte in Nieders.
 Gemeinsame Aktion der Standort-Initiativen